

## **Niederschrift**

über die 14. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 13.01.2016, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

### **Tagesordnung**

#### **I. Öffentlicher Teil**

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Auflösung von Ausschüssen  
Vorlage: 443/2015
3. Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Trennung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur sowie Verkleinerung mehrerer Ausschüsse von 19 auf 13 Mitglieder  
Vorlage: 448/2016
4. Neubildung und Besetzung der Ausschüsse  
Vorlage: 444/2015
5. Abberufung von den Drittorganisationen  
Vorlage: 445/2015
6. Neubesetzung der Drittorganisationen  
Vorlage: 446/2015
7. Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen  
Vorlage: 449/2016
8. Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen  
Vorlage: 450/2016
9. Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
10. Fragestunde für Einwohner

#### **II. Nichtöffentlicher Teil**

11. Gewerbeflächenveräußerung Niederheid-Süd Änderung des Käufernamens  
Vorlage: 451/2016

- 12 .** Auftragsvergabe von Fachingenieurleistungen für die haustechnischen Gewerke im Zusammenhang mit dem Neubau der Flüchtlingsunterkünfte "An der Friedensburg"  
Vorlage: 041/2016
  
- 13 .** Auftragsvergabe von Fachingenieurleistungen für die Tragwerksplanung und die bauphysikalischen Nachweise im Zusammenhang mit dem Neubau der Flüchtlingsunterkünfte "An der Friedensburg"  
Vorlage: 460/2016
  
- 14 .** Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

**Anwesend waren:**

Vorsitzender

1. Herr Bürgermeister Georg Schmitz

Mitglieder

2. Herr Nikolaus Bales
3. Herr Marko Banzet
4. Herr Hans-Jürgen Benden
5. Frau Maja Bintakys-Heinrichs
6. Frau Karola Brandt
7. Herr Karl-Peter Conrads
8. Frau Jennifer Diederichs
9. Herr Dr. Stefan Evertz
10. Herr Helmut Gerads
11. Herr Johann Graf
12. Herr Christoph Grundmann
13. Frau Theresia Hensen
14. Herr Horst-Eberhard Hoffmann
15. Frau Karin Hoffmann
16. Herr Rainer Jansen
17. Frau Gabriele Kals-Deußen
18. Herr Michael Kappes
19. Herr Nils Kasper
20. Herr Thomas Klein
21. Herr Wilfried Kleinen
22. Herr Heinz Kohnen
23. Herr Christian Kravanja
24. Herr Leonhard Kuhn
25. Herr Stefan Mesaros
26. Herr Manfred Mingers
27. Herr Willi Münchs

28. Herr Uwe Neudeck
29. Herr Hans-Josef Paulus
30. Herr Manfred Schumacher
31. Frau Barbara Slupik
32. Herr Lars Speuser
33. Herr Ernst Michael Thielemann
34. Herr Harald Volles
35. Frau Kirsten vom Scheidt
36. Herr Max Weiler
37. Herr Wilhelm Josef Wolff

Von der Verwaltung

38. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
39. Herr Technischer Beigeordneter Markus Mönter
40. Herr Daniel Goertz
41. Herr Peter Klee
42. Herr Andreas Eickhoff
43. Herr Dominik Hilgers

Protokollführerin

44. Frau Sandra Schuhmachers

Es fehlten

45. Herr Raimund Tartler
46. Herr Michael van Dillen

## **I. Öffentlicher Teil**

Bürgermeister Schmitz eröffnete die Sitzung um 18 Uhr. Er begrüßte die anwesenden Stadtverordneten, Vertreter der Medien, Zuschauer und Mitarbeiter der Verwaltung und stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht zugestellt worden sei. Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung habe es nicht gegeben.

Ferner gab Bürgermeister Schmitz bekannt, dass die Herren Stadtverordneten Tartler und van Dillen nicht anwesend seien. Bürgermeister Schmitz stellte die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Bürgermeister Schmitz, diese um zwei Punkte im nichtöffentlichen Teil zu ergänzen. Es handele sich um Auftragsvergaben im Zusammenhang mit dem Neubau der Flüchtlingsunterkünfte. Die Punkte seien den Stadtverordneten als Tischvorlagen ausgehändigt worden.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Tagesordnung wird im nichtöffentlichen Teil um den Punkt 12 „Auftragsvergabe von Fachingenieurleistungen für die haustechnischen Gewerke im Zusammenhang

mit dem Neubau der Flüchtlingsunterkünfte "An der Friedensburg", Vorlage: 041/2016, erweitert.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

**Beschlussvorschlag:**

Die Tagesordnung wird im nichtöffentlichen Teil um den Punkt 13 „Auftragsvergabe von Fachingenieurleistungen für die Tragwerksplanung und die bauphysikalischen Nachweise im Zusammenhang mit dem Neubau der Flüchtlings-unterkünfte "An der Friedensburg"", Vorlage: 460/2016, erweitert.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 1      Mitteilungen des Bürgermeisters**

Bürgermeister Schmitz teilte mit, dass die Haushaltssatzung der Stadt Geilenkirchen für das Jahr 2016 vom Landrat des Kreises Heinsberg genehmigt worden sei. Eine entsprechende Verfügung des Kreises Heinsberg liege der Verwaltung vor.

**TOP 2      Auflösung von Ausschüssen  
Vorlage: 443/2015**

**Beschlussvorschlag:**

Die aktuell bestehenden Ausschüsse werden aufgelöst.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	32
-----	----

Nein:	4
Enthaltung:	0

**TOP 3    Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Trennung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur sowie Verkleinerung mehrerer Ausschüsse von 19 auf 13 Mitglieder  
Vorlage: 448/2016**

Bürgermeister Schmitz teilte mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Aufspaltung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur (BSSK) in einen Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur und einen Ausschuss für Soziales und Integration beantragt habe. Zudem sei ein Antrag auf Verkleinerung einiger Ausschüsse gestellt worden.

Herr Stadtverordneter Benden legte dar, dass die Fraktion sich im vorangegangenen Tagesordnungspunkt bewusst für die Auflösung der Ausschüsse ausgesprochen habe. Die Fraktion habe sich nicht für die Auflösung der Ausschüsse entschieden, um Personen in den Ausschüssen verschieben und austauschen zu können. Der BSSK sei nach Auffassung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen grundsätzlich zu groß und decke zu viele Bereiche ab, sodass immer etwas vernachlässigt werde. In Geilenkirchen seien insbesondere im vergangenen Jahr und auch derzeit viele Menschen aufgenommen worden, sodass Flüchtlinge auch in Geilenkirchen ein Thema seien. Dieses Thema müsse mit Sachverstand bedacht und in einem Fachausschuss berücksichtigt werden. Aus diesem Grund sei eine Teilung des BSSK in einen Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur und einen Ausschuss für Soziales und Integration erforderlich. Integration höre beim Bau von Flüchtlingsunterkünften nicht auf, sondern fange dann erst an und sei eine Aufgabe der nächsten Jahrzehnte. Fehler sollten bereits zu Beginn des Integrationsprozesses vermieden werden, da sie sonst in den nächsten Jahren aufwändig korrigiert werden müssten. Durch einen erfolgreichen Integrationsprozess könne auch ein Umschlagen der aktuell noch vorhandenen Willkommenskultur vermieden werden. Die Verkleinerung der im Beschlussvorschlag und im Antrag genannten Ausschüsse werde angeregt, um die Kosten zu decken, die durch Teilung des vorgenannten Ausschusses entstehen. Nach Ansicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könnten Ausschüsse mit dreizehn Mitgliedern effektiver arbeiten als größere Ausschüsse mit 19 Mitgliedern. Außerdem könnten durch eine Teilung des BSSK mehr fachlich kompetente Menschen als sachkundige Bürger für die einzelnen Teilbereiche einbezogen werden. Wenn der BSSK bestehen bleibe und möglicherweise um das Thema Integration erweitert werde, würden fünf Themenschwerpunkte in einem Fachausschuss beraten, wodurch eine fachliche Arbeit nicht mehr möglich sei. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spreche sich daher für eine Teilung des Ausschusses und eine Verkleinerung der im Antrag und im Beschlussvorschlag genannten Ausschüsse aus.

Herr Stadtverordneter Kravanja erklärte, dass die Fraktion Bürgerliste sich bei der Abstimmung zum vorangegangenen Tagesordnungspunkt gegen eine Auflösung von Ausschüssen positioniert habe. Die Besetzung und die Anzahl der Ausschüsse sollten

unverändert bleiben. Der Gesetzgeber habe bewusst hohe Hürden für die Veränderung von Ausschüssen gesetzt. Auch der BSSK solle weiterhin so bestehen bleiben. Eine Vermehrung der Ausschüsse führe nicht zur besseren Aufgabenwahrnehmung. Es sei sogar möglich, dass sich Themen aus einzelnen Ausschüssen überschneiden. Um verschiedene Themen durch fachlich kompetente Personen abzudecken, sei es auch derzeit möglich, persönliche Vertreter zu benennen, die gezielt Fachleute für andere Themengebiete seien als die originären Ausschussmitglieder. Der BSSK sei bisher in der Regel zwei Mal jährlich zusammengetreten und könne bei Bedarf auch häufiger tagen und mehr Entscheidungen treffen. Falls sich herausstellen sollte, dass ein Integrationsausschuss benötigt werde, könne dieser bei Bedarf in Zukunft gebildet werden.

Herr Stadtverordneter Grundmann führte aus, dass die Fraktion SPD-Linke den Antrag zur Auflösung und Neubesetzung von Ausschüssen und Drittorganisationen gestellt habe, da das Sitzverhältnis der Ratsfraktionen derzeit in den Ausschüssen nicht widerspiegelt werde. Dem Willen des Wählers werde bei der derzeitigen Besetzung der Ausschüsse nicht mehr nachgekommen. Integration werde durch eine Vernetzung der Bereiche Bildung, Soziales, Sport und Kultur ermöglicht, weshalb der BSSK-Ausschuss bestehen bleiben solle. Wenn die Zahl der Ausschussmitglieder reduziert werden würde, führe dies zu einem Ausschluss von sachkundigen Bürgern und Fachwissen.

Herr Stadtverordneter Wolff stimmte den Ausführungen der Herren Stadtverordneten Grundmann und Kravanja zu. Der BSSK trete bisher im Gegensatz zu anderen Ausschüssen in der Regel nur zwei Mal jährlich zusammen und könne bei Bedarf auch häufiger tagen. Zwar seien nicht ausschließlich Fachleute für jedes Themengebiet im BSSK-Ausschuss vorhanden, allerdings seien auch etwa im Haupt- und Finanzausschuss nicht ausschließlich Fachleute zu diesem Gebiet. Die Ausschuss- und Ratsarbeit zeichne sich vielmehr dadurch aus, dass auch Themen mit gesundem Menschenverstand und nicht nur aus Expertensicht bedacht werden müssten. Laut Antrag der Grünen sollten durch die Verkleinerung der Ausschüsse Kosten eingespart werden. Herr Stadtverordneter Wolff unterstrich jedoch, dass auch die Fraktion der Grünen insbesondere im Vergleich mit größeren Fraktionen viele sachkundige Bürger für Ausschüsse benannt habe. Der Antrag der Fraktion der Grünen sei daher nicht sinnvoll.

Herr Stadtverordneter Weiler legte dar, dass auch die CDU dem Antrag nicht zustimmen werde. Die Ausschüsse würden nicht wesentlich verkleinert und auch die Zahl der sachkundigen Bürger würde nicht oder nicht wesentlich verringert. Auch er sprach sich für eine häufigere Einberufung des Ausschusses aus, wenn Bedarf hierzu bestehe. Bei einer Aufrechterhaltung der Zahl von 19 Ausschussmitgliedern könnten mehr Fachleute aus unterschiedlichsten Themengebieten bestellt werden als bei einer Verringerung der Zahl auf 13 Ausschussmitglieder.

Frau Stadtverordnete Kals-Deußen sprach sich ebenfalls gegen eine Trennung des BSSK und Verkleinerung der im Antrag genannten Ausschüsse aus. Der BSSK könne bei Bedarf häufiger zusammentreten und möglicherweise gezielt einzelne Themenbereiche als Schwerpunkte in den Sitzungen behandeln.

Herr Stadtverordneter Benden bedauerte, dass der Antrag abgelehnt werde. Eine Ablehnung sei ein fataler Fehler, da Integration ein wichtiges Thema sei, das in der Ausschussarbeit berücksichtigt werden müsse. Der Vorwurf des Herrn Stadtverordneten Wolff, dass die Fraktion der Grünen die meisten sachkundigen Bürger habe, stimme nicht.

Frau Stadtverordnete Kals-Deußen stellte klar, dass Integration von den Fraktionen als wichtiges Thema erkannt werde. Allerdings solle sachorientiert gearbeitet und das Thema im BSSK behandelt werden.

Herr Stadtverordneter Dr. Evertz äußerte, dass der BSSK öfter tagen und seine Arbeit intensivieren müsse, wenn die Themengebiete nicht getrennt werden würden. Bei einer Trennung des Ausschusses in zwei Ausschüsse könne sachorientierter gearbeitet werden.

Herr Stadtverordneter Weiler fasste zusammen, dass die einzelnen Fraktionen ihre Argumente ausgetauscht hätten und beantragte, über den vorliegenden Beschlussvorschlag abzustimmen.

**Beschlussvorschlag:**

a) Der Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur wird getrennt und stattdessen ein Ausschuss Bildung, Sport und Kultur und ein weiterer Ausschuss Soziales und Integration gebildet.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	5
Nein:	31
Enthaltung:	0

**Beschlussvorschlag:**

b) Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung, des Umwelt- und Bauausschuss sowie die beantragten neuen Ausschüsse Bildung, Sport und Kultur und der Ausschuss Soziales und Integration wird von je 19 auf 13 Personen je Ausschuss verkleinert.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	5
Nein:	31
Enthaltung:	0

#### **TOP 4 Neubildung und Besetzung der Ausschüsse Vorlage: 444/2015**

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass den Stadtverordneten eine Liste als einheitlicher Wahlvorschlag nach § 50 Abs. 3 Satz 1 GO NRW als Tischvorlage vorliege. Über diese Liste solle abgestimmt werden.

Herr Stadtverordneter Mingers merkte an, dass Einzelvertreter in diesem einheitlichen Wahlvorschlag nicht berücksichtigt worden seien und verwies auf andere Kommunen des Kreises Heinsberg, in denen Einzelvertreter im einheitlichen Wahlvorschlag enthalten seien. Auf Grund der Nichtberücksichtigung der Einzelmandatsträger werde er sich bei der Abstimmung enthalten. Er werde als beratendes Mitglied nach § 58 Abs. 1 GO NRW an Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses teilnehmen.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat beschließt die Bildung der Ausschüsse, die Anzahl der Ausschusssitze, die Zusammensetzung der Ausschüsse mit Ratsmitgliedern und sachkundigen Bürgern, die Verteilung der Ausschussvorsitze, die namentliche Besetzung der Ausschüsse sowie die Stellvertreter der Ausschussmitglieder.

Für jedes ordentliche Ausschussmitglied wird ein persönlicher erster Stellvertreter namentlich bestellt. Für den Fall der Verhinderung des ordentlichen Ausschussmitgliedes und seines ersten Stellvertreters werden weitere Stellvertreter bestellt und auf einer Liste festgehalten. Das an der ersten Position der Liste aufgeführte stellvertretende Ausschussmitglied fungiert als zweiter Stellvertreter, falls das ordentliche Ausschussmitglied und sein erster Stellvertreter verhindert sind. Sollte auch der zweite Stellvertreter verhindert sein, so übernimmt das an zweiter Position der Liste aufgeführte stellvertretende Ausschussmitglied die Stellvertretung. Sollte auch dieser Stellvertreter verhindert sein, richtet sich die weitere Stellvertretung nach der in der Liste festgeschriebenen Reihenfolge (Listenplatz 3, 4, 5 usw.). Der Stellvertreter muss stets eindeutig bestimmbar sein. Ein originäres oder stellvertretendes Ausschussmitglied wird immer aus der Liste der Fraktion vertreten, der es zum Zeitpunkt des Verhinderungsfalls angehört.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	1

#### **TOP 5 Abberufung von den Drittorganisationen**

**Vorlage: 445/2015**

**Beschlussvorschlag:**

Die vom Rat am 24.06.2014 als Vertreter der Stadt Geilenkirchen in Drittorganisationen entsandten Personen werden von den Drittorganisationen abberufen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	32
Nein:	4
Enthaltung:	0

**TOP 6 Neubesetzung der Drittorganisationen  
Vorlage: 446/2015**

Bürgermeister Schmitz verwies in diesem Zusammenhang auf die Liste der Besetzung der Drittorganisationen, die den Stadtverordneten als Tischvorlage ausgehändigt worden sei.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat wählt Vertreter für die Entsendung in Drittorganisationen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 7 Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen  
Vorlage: 449/2016**

**Kenntnisnahme:**

Der Rat nimmt die überplanmäßige Auszahlung bzw. den überplanmäßigen Aufwand zur Kenntnis.

**TOP 8 Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen  
Vorlage: 450/2016**

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat genehmigt die überplanmäßigen Auszahlungen und Aufwendungen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 9 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen**

Herr Stadtverordneter Kleinen berichtete, dass er in einem Zeitungsartikel von der Idee des Bürgermeisters Schmitz über den Neubau eines Kindergartens in Teveren erfahren habe. Die Stadtverordneten seien überrascht darüber gewesen, dass sie diese Information aus der Presse und nicht vom Bürgermeister persönlich erhalten hatten. Dies sei auch in einem interfraktionellen Gespräch thematisiert worden. Von Bürgern und der Belegschaft seien positive und negative Stimmen an die Politik herangetragen worden. Die Belegschaft sei insbesondere deswegen besorgt, weil Bürgermeister Schmitz in dem Zeitungsartikel erwähnt habe, dass eine Übergabe des Kindergartens an einen fremden Träger in Betracht gezogen werde. Herr Stadtverordneter Kleinen erkundigte sich, ob der Bürgermeister seine Planungen vorab mit dem Verwaltungsvorstand abgesprochen habe und ob er über die haushalterischen Auswirkungen Auskunft geben könne. Bürgermeister Schmitz habe die Sanierungskosten mit 500.000 bis 800.000 Euro beziffert. Hier stelle sich die Frage, wie sich diese Summe zusammensetze. Außerdem fragte Herr Stadtverordneter Kleinen, warum Bürgermeister Schmitz von diesen Plänen nicht in der letzten Ratssitzung am 09.12.2015 berichtet habe. Bürgermeister Schmitz hätte diese Information auch im nichtöffentlichen Teil der letzten Ratssitzung weitergeben können. Herr Stadtverordneter Kleinen betonte, dass der Rat dieses Projekt beschließen müsse und fragte, warum die zuständigen Fachausschüsse nicht einbezogen worden seien. Durch sein Handeln habe der Bürgermeister möglicherweise falsche Hoffnungen und Befürchtungen ausgelöst.

Herr Stadtverordneter Gerads ergänzte die vorangegangenen Fragen und erkundigte sich, warum das Gebäude laut Presseartikel nach einer Sanierung, die etwa 500.000 bis 800.000 Euro koste, nur für zehn Jahre genutzt werden könne.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass er seine Idee vorher nicht mit dem Verwaltungsvorstand besprochen habe und er die Idee zum Neubau eines Kindergartens erst nach der letzten Ratssitzung gehabt habe. Er habe mit einem Investor gesprochen, der zu einem Neubau eines Kindergartens bereit sei. Die in dem Presseartikel aufgeführte Summe habe Bürgermeister Schmitz geschätzt. Die tatsächliche Höhe der Kosten sei noch unklar und werde ermittelt. Die Pläne seien noch nicht ausgereift. Bürgermeister Schmitz werde Gespräche mit weiteren potenziellen Investoren führen. Die Kosten für den Neubau und eine Sanierung sollten ermittelt werden. Danach solle geprüft werden, ob ein Neubau oder eine Sanierung wirtschaftlicher sei. Bürgermeister Schmitz bevorzuge einen Neubau angesichts des Alters des Gebäudes.

Zur Frage des Herrn Stadtverordneten Gerads antwortete Bürgermeister Schmitz, dass bei einer Sanierung nach zehn Jahren möglicherweise erneut Probleme auftauchen könnten.

Herr Stadtverordneter Kleinen erkundigte sich, ob die Stadt durch einen Neubau des Kindergartens ins Haushaltssicherungskonzept kommen könne und machte darauf aufmerksam, dass das Gebäude noch nicht abgeschrieben sei und der Haushalt bei einem Abriss des alten Gebäudes durch eine außerplanmäßige Abschreibung belastet werde.

Bürgermeister Schmitz führte aus, dass ein Haushaltssicherungskonzept auch drohe, wenn die Sanierungskosten die Höhe der außerplanmäßigen Abschreibung übersteigen würden.

Herr Stadtverordneter Kravanja korrigierte die Aussage des Bürgermeisters Schmitz und erklärte, dass die Sanierungskosten nicht in einem Jahr, sondern über mehrere Jahre verteilt im Haushalt verrechnet werden würden.

Herr Stadtverordneter Hoffmann beschrieb, dass die SPD-Fraktion angeregt habe, einen Vertreter der Kreisverwaltung Heinsberg dazu einzuladen, in einer Ratssitzung einen Vortrag zu Vorkehrungen und Umsetzung des Katastrophenschutzes im Kreisgebiet zu halten. Er erkundigte sich, inwieweit die Verwaltung sich bisher mit dem Kreis Heinsberg in der Angelegenheit verständigt habe.

Herr Erster Beigeordneter Brunen berichtete, dass er ein Gespräch mit dem Kreisgesundheitsamt geführt habe. Die Verwaltung habe noch keine Zusage zu einem Besuch eines Vertreters im Stadtrat erhalten. In einem Fachausschuss des Kreises seien Informationen etwa über Jodkontingente mitgeteilt worden. Herr Brunen werde anregen, dass diese Informationen weitergegeben werden sollten. Ein Anspruch gegenüber dem Kreis Heinsberg zu einem Besuch eines Vertreters in einer Stadtratssitzung bestehe nicht.

Herr Stadtverordneter Paulus erläuterte, dass bereits vor dem Anbau zur Erweiterung des bestehenden Kindergartengebäudes ein Antrag zum Neubau des Kindergartens gestellt worden sei. Die Kellerräume seien bereits zu diesem Zeitpunkt mit Schimmel befallen gewesen. Bereits seit dem Jahr 2010 würden der Ortsvorsteher, die Kindergartenleitung und die Verwaltung bezüglich dieser Angelegenheit in Kontakt stehen. Herr Stadtverordneter Paulus erkundigte sich, ob diese Tatsachen Bürgermeister Schmitz bekannt waren. Vor sechs Monaten sei die Verwaltung um eine Stellungnahme und Wirtschaftlichkeitsberechnung gebeten worden. Dabei sollten die Kosten eines Neubaus oder einer Sanierung verglichen werden. In der Vergangenheit habe die Verwaltung zunächst Fakten gesammelt und dann die Fraktionen informiert, um so eine gemeinsame Meinungsfindung in den einzelnen Fraktionen zu ermöglichen. Die Fraktionen seien daher von dem Zeitungsartikel und den darin geäußerten Ideen des Bürgermeisters überrascht worden. Herr Stadtverordneter Paulus erkundigte sich, ob dies auch künftig so ablaufen werde und appellierte an Bürgermeister Schmitz, Ideen künftig zuerst mit dem Stadtrat zu besprechen.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass ihm der Antrag aus dem Jahr 2010 nicht bekannt sei. Er habe lediglich ein Gutachten aus dem Jahr 2014 sowie ein aktuelles Gutachten gesehen.

Herr Stadtverordneter Paulus teilte mit, dass die Verwaltung damals gesagt habe, dass man nach dem Anbau keinen Neubau mehr in Erwägung ziehe. Herr Stadtverordneter Paulus habe damals vorgeschlagen, Gebäude und Grundstücke zu veräußern. Durch diese Veräußerung könnten etwa 800.000 Euro eingenommen werden. Für die Stadt wäre es wirtschaftlicher gewesen, ein neues Gebäude zu bauen anstatt einen Anbau durchzuführen.

Auf Nachfrage des Herrn Stadtverordneten Graf betonte Bürgermeister Schmitz, dass für die Kindergartenkinder und das Personal keine Gefährdung bestehe. Allerdings müsse etwas unternommen werden, damit die Kellerräume wieder genutzt werden könnten. Er werde fortan die Ratsmitglieder regelmäßig informieren. Um zu klären, wie nun bezüglich des Kindergartens vorgegangen werden solle, müssten noch Informationen eingeholt werden.

Herr Stadtverordneter Mesaros berichtete, dass er Beschwerden über Lärmbelästigung durch den Musikpark erhalten habe. Diese Belästigung bestehe bereits seit Jahren und die Beschwerden würden immer wieder von den Anwohnern geäußert. Einige Anwohner würden sogar einen Wegzug aus dem Gebiet in Erwägung ziehen. Herr Stadtverordneter Mesaros erkundigte sich, ob die Verwaltung diesbezüglich bereits Kontakt mit dem Betreiber des Musikparks aufgenommen habe.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass die Verwaltung bereits mit der Angelegenheit befasst sei.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter ergänzte, dass Fakten zur Lärmbelastung derzeit ermittelt werden. Es bestehe Kontakt mit dem Kreis Heinsberg um zu klären, ob der Lärm den in der Baugenehmigung getroffenen Festlegungen entspreche. Fakten zur Sachverhaltsprüfung würden in den nächsten Wochen ermittelt werden.

Herr Stadtverordneter Jansen machte darauf aufmerksam, dass der Abfall in Gelben Säcken im Jahr 2016 montags morgens eingesammelt werde. Dies stelle ein Problem für die Geschäfte, Arztpraxen und andere Betriebe dar, die am samstags oder bereits freitags schließen. Die Gelben Säcke würden dann sonntags und teilweise auch schon freitags und samstags nach draußen gestellt. Dies wirke sich negativ auf das Stadtbild und die Attraktivität der Stadt aus. Wie Herr Stadtverordneter Jansen von einigen Städten erfahren habe, hätten diese Reduzierungen bei den Müllgebühren erhalten, wenn sie zugestimmt hätten, dass Müll montags eingesammelt werde. Er erkundigte sich, ob die Stadt Geilenkirchen nun auch solche Reduzierungen erhalte.

Bürgermeister Schmitz berichtete, dass der Kämmerer Kontakt zum Müllversorger aufnehmen werde, um zu klären, ob der Müll montags um 10 Uhr morgens entsorgt werden könne. Die Betriebe könnten dann ihre Gelben Säcke am Montagmorgen nach draußen stellen.

Herr Stadtverordneter Graf erkundigte sich, ob nach Beendigung der Bauarbeiten der Deutschen Glasfaser eine Bauabnahme erfolgt sei. Bisher habe sich zum Ärger der Anwohner an dem Zustand vor Ort nichts verändert. Er selbst habe ebenfalls eine Schadensmeldung bei der Verwaltung eingereicht. Bisher sei jedoch noch nichts geschehen. Auf den Gehwegen seien noch immer Steine verschoben.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter erklärte, dass die Angelegenheit in Bearbeitung sei. Die Schäden seien nicht seit längerer Zeit vorhanden. Sicherlich gebe es Mängel, jedoch würden diese behoben werden. Die Firmen arbeiten derzeit an anderer Stelle. Die Verwaltung mache den Firmen Druck und werde in Verhandlungen mit dem Leitungsträger um Nachbesserung ringen.

Herr Erster Beigeordneter Brunen berichtete, dass ihm vor der Sitzung eine Frage bezüglich offener Schulleitungsstellen zugegangen sei. Die Stellen der Schulleitung der KGS Geilenkirchen und die KGS Würm seien durch die Bezirksregierung ausgeschrieben worden. Der Kreis Heinsberg habe der Stadt Geilenkirchen auf Nachfrage bestätigt, dass auch aktuell eine Versorgung der Schulen gewährleistet sei, da ein Konrektor sowie ausreichend Lehrpersonal vorhanden seien. Es sei ein gutes Zeichen, dass die Stellen der Schulleitungen bereits vor dem Freiwerden ausgeschrieben worden seien. Wenn geeignete Bewerber vorhanden seien, könnten die Stellen zügig nachbesetzt werden.

## **TOP 10 Fragestunde für Einwohner**

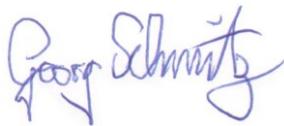
Ein Einwohner berichtete, dass sich am Wurmauenweg nach Regenfällen häufig Wasser sammle und erkundigte sich, ob die Verwaltung dafür sorgen könne, dass das Wasser schneller abfließt.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter erklärte, dass die Verwaltung den Sachverhalt prüfen werde.

Bürgermeister Schmitz beendete den öffentlichen Teil der Sitzung nach diesem Tagesordnungspunkt und dankte den Zuschauern und den Vertretern der Medien für das Interesse.

Sitzung endet um: 18:59 Uhr

Vorsitzender

A handwritten signature in blue ink that reads "Georg Schmitz". The signature is written in a cursive style with a prominent 'G' and 'S'.

Bürgermeister  
Georg Schmitz

Schriftführerin

A handwritten signature in black ink that reads "Schuhmachers". The signature is written in a cursive style with a long horizontal stroke at the end.

Sandra Schuhmachers